

Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe (M. d. R.):

Ostpolitik oder Westpolitik?

In den deutschen Kreisen, die ein gutes Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland als notwendig betrachten, hat die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und der Abschluß von Sicherheitsverträgen zwischen Deutschland und den Westmächten einerseits und zwischen Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich andererseits mancherlei Sorgen geweckt. Im Zusammenhang mit den diesen Fragen zugrundeliegenden Problemen wurde häufig die Auffassung vertreten, daß sich hier wieder der Gegensatz zwischen Ostpolitik und Westpolitik zeige. Die Anhänger der Ostpolitik seien, um keine Trübung der deutsch-russischen Beziehungen entstehen zu lassen, Gegner des Völkerbunds und der Sicherheitsverträge; den Anhängern der Westpolitik sei die Stellung Rußlands völlig gleichgültig und sie würden zur Besserung der Beziehungen Deutschlands zu den Westmächten den Eintritt in den Völkerbund und die Politik der Sicherheitsverträge energisch unterstützen. Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Begriffe Ost- und Westpolitik nur verwirrend wirken können, daß sich außenpolitisch brauchbare Gedanken aus ihnen nicht entwickeln lassen, daß also diese Worte nur Schlagworte sind. Deutschland hat Grenzen im Osten und Westen; es kann besonders im Zustand seiner heutigen Schwäche unmöglich die Beziehungen zu irgend welchen Mächten, die für die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft von Bedeutung sind, gleichgültig behandeln. Es ist auch sicher, daß Deutschland für Rußland an Interesse und Wert verliert, wenn der Zustand der Bedrohung seiner Westgrenzen durch ein ungelöstes, schlechtes Verhältnis zu den Westmächten insbesondere zu Frankreich, ein dauernder bleibt. In der Politik geht es um harte Realitäten der Macht. Ein der Willkür seines westlichen Nachbarn dauernd preisgegebenes Deutschland wird von Rußland schwächer in Rechnung gestellt werden, als ein in seiner Existenz gesicherter und garantierter Staat. Ebenso zweifellos ist es und die Entwicklung seit dem Rapallovertrag hat es deutlich bewiesen, daß mit einem Deutschland, das zu Rußland enge Beziehungen unterhält, von den Westmächten anders gerechnet wird, als mit einem Deutschland, das keinen einzigen Freund in der Welt hat.

In Versailles war Deutschland nur Objekt der Politik; von Genua an, und zwar stark durch den Abschluß des Rapallovertrags gefördert, setzte sich langsam unter Fortschritten und Rückschlägen die Erkenntnis durch, daß Deutschland nicht nur als Objekt der Politik behandelt werden kann, sondern daß man mit dem Volk von 60 Millionen, das trotz des verlorenen Kriegs eine Kraft bedeutet, rechnen muß. Das russische und deutsche Schicksal ist hierbei ganz ähnlich. Staatsmänner,

die einseitig Deutschland gegenüber in gewaltpolitischen, Rußland gegenüber in kapitalistischen Anschauungen lebten, führten eine Politik, als ob die beiden Länder überhaupt nicht existieren. Rußland hat sehr deutlich die Erkenntnis verbreitet, daß es lebt und daß man mit ihm rechnen muß. Das kleinere und was man in russischen Kreisen allzuoft verkennt, in seiner Lage unendlich gefährdete Deutschland kann weder die Kraft des ungeheuren und kaum verletzbaren russischen Reiches zeigen, noch seine Sprache führen. Aber auch bei Deutschland hat die Welt begreifen müssen, daß es existiert und nicht nur Objekt der Politik sein kann. Eine Schwächung der deutsch-russischen Beziehungen aber würde die Bedeutung Rußlands und Deutschlands mindern. Deutschland wird also keine einseitige Ostpolitik und keine einseitige Westpolitik führen können. Die Auffassung der sogenannten Westpolitiker aber, die den Blick überhaupt nur nach dem Westen richten, die die Frage stellen, was das praktische Ergebnis des Rapallovertrags sei und die am liebsten eine Rechnung in Mark und Pfennigen zur Prüfung vorgelegt bekommen möchten, die die wirtschaftliche Bedeutung Rußlands verkennen und für die es überhaupt keine Zukunftspolitik, sondern nur eine ganz enge Gegenwartspolitik gibt, ist sicher falsch. Sie glauben, daß eine nützliche Politik möglich sei ohne jede Rücksicht auf Rußland. Dadurch allerdings könnte ein Zustand geschaffen werden, der eine russisch-französisch-polnische Annäherung, die mit uns nützlich, die ohne uns gefährlich, die gegen uns eine Katastrophe wäre, ermöglicht. Was Deutschland an Bedeutung verlieren würde, wenn diese Entwicklung ohne uns verläuft, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden.

Die deutsche Politik muß ein freundlicheres Verhältnis zu den Westmächten schaffen. Auf andere Weise kann das Rheinland nicht befreit werden. Die Befreiung der Rheinlande aber ist erstes Erfordernis deutscher Politik. Man muß deshalb in Moskau begreifen, daß Deutschland, das am Rhein und nicht an der Wolga liegt, seine Beziehungen insbesondere zu Frankreich so ausgestalten muß, daß ein vertrauensvolles Verhältnis hergestellt wird. Wenn durch den Eintritt in den Völkerbund und wenn durch Sicherheitsverträge das Rheinland befreit werden kann, dann wird eine andere Politik nicht möglich sein. Beides aber, Eintritt in den Völkerbund und der Abschluß der Sicherheitsverträge, muß so erfolgen, daß Rußland darin einen unfreundlichen Akt nicht erblicken kann. Ob nicht vor Absendung des deutschen Memorandums vom 9. Februar 1925 durch eine enge Fühlungnahme mit Rußland manche Mißverständnisse hätten ausgeschaltet werden können, kann ich nicht nachprüfen; es muß aber verlangt werden, daß die mit dem Völkerbund und den Sicherheitsverträgen zusammenhängenden Fragen wenigstens jetzt mit Rußland so vertrauensvoll besprochen werden, daß weiterhin Mißverständnisse ausgeschlossen sind.